

Konzept der Familien-Politik

(Diskussionsstand: 23.10.03)

Die Familie bildet die Grundlage einer intakten und innerlich befriedeten Gesellschaft. Der Erhalt und die Förderung der traditionellen Familie muß daher ein vorrangiges Staatsziel sein, wobei die Eingriffe des Staates in die Privatsphäre der Familien auf deren Förderung und Schutz zu begrenzen sind. Familienpolitik ist ein Projekt, das seinem Begriffe nach mehrere Generationen umfaßt und darüber hinaus Elemente aus verschiedenen Bereichen staatlicher Politik aufgreift. Namentlich sind das vor allem die

- * Bildungspolitik
- * Steuergesetzgebung
- * Krankenversicherung/Pflegeversicherung
- * Altersversorgung
- * Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Politik
- * Innen-Politik

Insofern ist Familienpolitik nicht nur ein, sondern sogar der Oberbegriff für eine zukunftsfähige Gesellschaftspolitik. Die Familie als Hort der Stabilität, des Rückzuges und der gegenseitigen Unterstützung ihrer Mitglieder wird vor dem Hintergrund kollabierender Sozialsysteme dramatisch an Bedeutung gewinnen: Die Verstaatlichung eigenverantwortlich zu gestaltender Lebensbereiche hat sich endgültig als nicht tragfähig erwiesen. Die fortschreitende Anonymisierung dieser Bereiche im Zuge der Ausweitung des Sozialstaates wird unserer Auffassung nach keine wirkliche Zukunft haben. Wir verstehen die Familie daher als grundlegende Einheit in einem zukunftsorientierten Staatswesen. Sie ist der erste und wichtigste Ort, wo Kinder und Jugendliche erfahren und lernen, daß

- * Eigenverantwortung
- * Selbstdisziplin
- * Solidarität
- * Konfliktfähigkeit

zentrale Bestandteile der individuellen wie gesellschaftlichen Lebensgestaltung sind.

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Mit Kindern wird der Grundstock für den Aufbau der zukünftigen Gesellschaft gelegt. Kinder müssen als Bereicherung, nicht als Belastung für die Gesellschaft wahrgenommen werden. Ein Familie mit Kindern ist eine Verantwortungsgemeinschaft, die der Förderung und des sozialen Ausgleichs bedarf.

Es bedarf allerdings nicht der herkömmlichen Familienförderungs-Politik, bei der den Familien über immer stärker steigenden Steuern und Abzüge die finanziellen Mittel erst entzogen werden, um dann über Umverteilungs-Mechanismen diesen Familien wieder finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen.

Deswegen: Statt staatlicher Förder- und Transfer-Programme müssen die Rahmenbedingungen für die Familie verbessert werden. Es muß sichergestellt werden, dass sich Frauen, die Karriere machen wollen, nicht gegen Kinder entscheiden müssen (über 40% der Akademikerinnen in Deutschland bleiben kinderlos). Die finanziellen Belastungen der Familien durch Kinder müssen vor allen Dingen über das Steuerrecht honoriert werden.

Unsere Programm-Punkte:

- * Kinderbetreuungskosten müssen im Steuerrecht stärkere Berücksichtigung finden (Steuerfreibetrag, Absetzen von Kinderbetreuungskosten)
- * Anspruch auf Bürgergeld für Kinder bis zum Ende der Ausbildung
- * Durchsetzbarer Rechtsanspruch auf Kindergarten-Plätze
- * Angebot von ganztägiger Kinderbetreuung nach dem KiTa-Card-Modell (mit dieser Karte können

Eltern frei entsprechende Angebote nutzen)

*Flächendeckendes Angebot der freiwilligen Ganztagschule als Ergänzung zu den bestehenden Schulen)

*Ausbau und Förderung von betrieblichen Kindertagesstätten

*Einführung einer Familienverträglichkeits-Prüfung für alle Gesetze und Vorschriften

*Forcierung von kinder- und jugendfreundlichen Gemeinden. Auf kommunaler Ebene sollen Bündnisse für Familien eingegangen werden, in denen die Entscheidungsträger vor Ort gemeinsam mit den Familien optimale Rahmenbedingungen für eine kinder- und familienfreundliche Gemeinde entwickeln und umsetzen. Darüber hinaus Förderung von privaten Netzwerken (Familien-Nachbarschaftshilfe)

*Wert der Familienarbeit anerkennen. Mit unserem Bürgergeld-System ist ein erster Schritt gesetzt worden.

*Audit Familie und Beruf: mit diesem Gütesiegel sollen die Unternehmen überzeugt werden, dass sich Familienfreundlichkeit auch betriebswirtschaftlich lohnt.

*Verbesserung der Wiedereinstiegsmöglichkeiten von Müttern in das Berufsleben nach dem Mutterschutz (spezielle Weiterbildungs-Programme, Kontakt-Programme etc.; Wegfall der 3 jährigen Arbeitsplatzgarantie, stattdessen Freiwilligkeit)

*Verstärkung von Elternbildungs- und Beratungsangeboten

*Die Familie muß wesentlichster Ort der Erziehung bleiben bzw. wieder werden.

*Verbesserung bzw. Vereinfachung des Adoptionsrechtes

* Förderung von Ehrenamt und sozialer Tätigkeit zu Gunsten der Familie